



Bauindustrieverband Ost e. V. Positionspapier

Teilschulnetzplanung Berufsbildender Schulen in Sachsen

Die berufliche Ausbildung der Bauwirtschaft zeichnet sich durch einen Dreiklang aus Tätigkeit im Lehrbetrieb, Unterricht in berufsbildenden Schulen und der überbetrieblichen Ausbildung aus. Im Freistaat erfolgt diese in den vier Überbetrieblichen Ausbildungszentren des Bau Bildung Sachsen e. V. in Bautzen, Dresden, Glauchau und Leipzig. Ein Konzept, das sich bewährt hat: Seit der Gründung im Jahr 1991 bildete der Verein mehr als 200.000 Jugendliche sowie Fort- und Weiterbildungsteilnehmer für die Wirtschaft aus.

Der turnusgemäße Wechsel zwischen Unternehmen, Berufsschule und Überbetrieblichem Ausbildungszentrum verlangt von den Baulehrlingen viel Flexibilität und Mobilität. Die örtliche Planung der Ausbildungsinhalte bestimmt zu einem großen Maße die Attraktivität der Ausbildungsberufe und so der ganzen Branche. Die angestrebte Neuordnung der Teilschulnetzplanung Berufsbildender Schulen in Sachsen ist daher von höchstem Interesse der Bauwirtschaft.

Im vorliegenden Entwurf zur Anhörung des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus vom 27. November 2020 kommt es zu einer Zäsur, die die Ausbildung der Bauwirtschaft in Sachsen nachhaltig beeinflusst:

- Streichung des Angebots im Berufsbereich Bautechnik im 1. Lehrjahr an den Berufsschulen in Reichenbach, Böhlen, Meißen und Freiberg.
- Bündelung der Ausbildungsangebote im Bereich der Bautechnik nach den Spezialisierungen Hoch-, Tief- und Ausbau mit je einem Beruflichen Schulzentrum pro Direktionsbezirk.

Als Wirtschafts- und Arbeitgeberverband plädiert der Bauindustrieverband Ost für Nachbesserungen und fordert bei der Erarbeitung der finalen Teilschulnetzplanung die Berücksichtigung folgender Kernpunkte:

1. Wohnortnahe Beschulung gewährleisten

Gerade zu Beginn der Ausbildung sind die Lehrlinge darauf angewiesen, dass ihre drei Ausbildungsstationen örtlich nah beieinanderliegen. Da die Auszubildenden die Volljährigkeit im 1. Lehrjahr meist noch nicht erreicht haben, sind sie in ihrer Mobilität sehr eingeschränkt und tragen im Notfall Fahrtkosten trotz Zuschuss der Ausbildungsbetriebe durch Teile ihres Ausbildungsgehalts. Weite Wege schrecken Jugendliche bzw. deren Erziehungsberechtigte zur Ausbildung in einen Bauberuf ab. Ein flächendeckender Erhalt des Berufsbereichs Bautechnik im 1. Lehrjahr ist daher zwingend notwendig.



Bauindustrieverband Ost e. V.

Positionspapier

Die im finalen Entwurf eingefügte Möglichkeit das wohnortnächste der verbleibenden sieben Berufsschulzentren für die Ausbildung im 1. Lehrjahr zu wählen erkennt die Bauindustrie Ost als positive Entwicklung an. Gleichwohl führt die Reduzierung des Angebots im Berufsbereich Bautechnik von elf auf sieben Berufsschulzentren zwangsläufig zu einer Minderung der Attraktivität der Baubranche.

Ausfalloption: Internatsunterbringung mit sozialpädagogischer Betreuung

Bei Streichung der Berufsschulangebote in Reichenbach, Böhlen, Meißen und Freiberg ist für viele Auszubildende ein tägliches Pendeln keine Option – fehlende Mobilität und eingeschränkte ÖPNV-Taktung lassen die Lehrlinge nicht rechtzeitig zum Unterrichtsbeginn in der Berufsschule sein. Die nötige Unterbringung am Berufsschulstandort kann daher gerade bei jüngeren Auszubildenden im Alter von 15 – 16 Jahren nur in einem Internat mit pädagogischer Betreuung stattfinden. Diese Voraussetzungen müssen zwingend geschaffen und von einem Ansprechpartner im örtlichen Berufsschulzentrum koordiniert werden, bevor man über eine Neuordnung der Berufsschulorte entscheidet.

2. Bündelung der Spezialisierungen mit Augenmaß

Die Bauwirtschaft kann die Beweggründe der Vorschläge, die auf der Bündelung von Wissen, der Steigerung der Planbarkeit von sächlicher und personeller Ausstattung und der finalen Schaffung von Kompetenzzentren beruhen, nachvollziehen. Gerade die Entwicklung der Schulzentren zu beruflichen Kompetenzzentren ist ein wichtiger Schritt zur Steigerung der Attraktivität der Bauausbildung. Die Bündelung wird ab dem 2. Lehrjahr auch vom Bauindustrieverband Ost und seinen Mitgliedern befürwortet. Zielführend ist in diesem Schritt auch die Berücksichtigung von bestehenden Kompetenzen in den Berufsschulen sowie den Überbetrieblichen Ausbildungszentren des Bau Bildung Sachsen e. V.

- Am ÜAZ-Standort Dresden hat sich ein Kompetenzzentrum für den Betonbau entwickelt. Glauchau hat sich auf die Ausbildung der Baugeräteführer spezialisiert. Im Leipziger Zentrum werden schon seit Jahren angehende Rohrleitungsbauer ausgebildet. Das ÜAZ Bautzen gehört indes zu einem von nur zwei bundesweiten Standorten zur Ausbildung von Wasserbauern.
- Das BSZ Reichenbach bildet seit 1992 Jugendliche im Gleisbau aus und besitzt ein angeschlossenes Internat mit sozialpädagogischer Betreuung. Das BSZ habe sogar junge Fachlehrer für den Bereich gewinnen können. Im beabsichtigten neuen Standort Zwickau gibt es kein Internat oder fachspezifische Lehrkräfte für den Gleisbau.

Die Einbeziehung dieser und noch vieler weiterer Spezialisierungen muss in der Teilschulnetzplanung im Sinne der Auszubildenden stattfinden.



Bauindustrieverband Ost e. V. Positionspapier

3. Planungshorizont erweitern

Nicht zuletzt die Corona-Pandemie hat Verwaltungen auf allen Ebenen vor große Herausforderungen gestellt und übliche Verwaltungsprozesse zwangsläufig verlangsamt. Dies ist auch bei der Teilschulnetzplanung der Fall. Derzeit gilt eine Entscheidung vor April 2021 als ausgeschlossen.

Die Implementierung einer möglichen Lösung kann nicht innerhalb weniger Wochen geschehen, sodass die Neuregelung zum Schuljahr 2021/2022 greift. Der Kampf um die künftigen Fachkräfte beginnt schon dieser Tage – erste Ausbildungsverträge werden schon in den Wintermonaten geschlossen. Beim Unternehmen und dem künftigen Lehrling müssen schon zu diesem Zeitpunkt die Rahmenbedingungen, wie der Berufsschulstandort oder eine mögliche Unterbringungsmöglichkeit, feststehen. Eine frühe Implementierung zum Schuljahr 2022/2023 erachtet die Bauindustrie Ost als sinnvoll.

Die sächsische Bauindustrie hat eine lange Tradition und will auch in Zukunft ihren Beitrag bei der Ausbildung junger Fach- und Führungskräfte leisten. Dies geht jedoch nur, wenn Wirtschaft, Politik und Bildungsträger mit einer Stimme sprechen und Entscheidungen im Sinne eines nachhaltig wirtschaftenden Freistaats getroffen werden.

2. Februar 2021